

Deutschland-Gaimersheim: Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen
OJ S 183/2023 22/09/2023
Auftragsbekanntmachung
Dienstleistungen

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Markt Gaimersheim
Postanschrift: Marktplatz 3
Ort: Gaimersheim
NUTS-Code: DE219 Eichstätt
Postleitzahl: 85080
Land: Deutschland
Kontaktstelle(n): Rechtsanwälte Prof. Dr. Rauch & Partner mbB
E-Mail: vergabe@prof-rauch-baurecht.de
Telefon: +49 94129734-10
Fax: +49 94129734-11
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: www.gaimersheim.de

I.3. Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YHY62VY/documents>
Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YHY62VY>
Weitere Auskünfte erteilen/erteilt folgende Kontaktstelle:
Offizielle Bezeichnung: Rechtsanwälte Prof. Dr. Rauch & Partner mbB
Postanschrift: Hoppestraße 7
Ort: Regensburg
NUTS-Code: DE232 Regensburg, Kreisfreie Stadt
Postleitzahl: 93049
Land: Deutschland
Kontaktstelle(n): Vergabeabteilung
E-Mail: vergabe@prof-rauch-baurecht.de
Telefon: +49 94129734-10
Fax: +49 94129734-11
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: <https://prof-rauch-baurecht.de/kanzlei.html>

I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5. Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

II.1. Umfang der Beschaffung

II.1.1. Bezeichnung des Auftrags

TNW_ELT_Markt Gaimersheim_Sanierung und Anbau KiTa St. Rafael

Referenznummer der Bekanntmachung: 167/23

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

II.1.3. Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4. Kurze Beschreibung

Der Markt Gaimersheim plant die Kindertagesstätte/den Kindergarten St. Rafael, Taubenring 15, 85080 Gaimersheim zu sanieren und zu erweitern.

Ziel dieser Ausschreibung ist die stufenweise Beauftragung eines geeigneten Ingenieurbüros mit den Leistungsphasen 1 -9 (keine Leistungsphase 4) des Leistungsbildes Fachplanung Technische Ausrüstung gemäß § 55 Abs. 1 HOAI i.V.m. Anl. 15 Nr. 15.1 in den Anlagengruppen 4, 5 und 8.

Die Beauftragung wird gemäß HIV KOM stufenweise erfolgen:

Stufe 1: Leistungsphasen 1, 2 und 3

Stufe 2: Leistungsphasen 5, 6 und 7

Stufe 3: Leistungsphasen 8 und 9

Darüber hinaus werden als Besondere Leistungen (als Pauschale) die Überwachung der Mängelbeseitigung in der Leistungsphase 9 beauftragt.

Die unter Umständen für den Container Kindergarten für einen ordnungsgemäßen Tagesstättenbetrieb erforderlichen Planungsleistungen/Teilleistungen sollen als zusätzliche Leistungen beauftragt werden. Dies ebenfalls als Pauschale.

II.1.5. Geschätzter Gesamtwert

II.1.6. Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2. Beschreibung

II.2.2. Weitere(r) CPV-Code(s)

71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros, 71320000 Planungsleistungen im Bauwesen, 71321000 Technische Planungsleistungen für maschinen- und elektrotechnische Gebäudeanlagen, 71330000 Verschiedene von Ingenieuren erbrachte Dienstleistungen, 71314000 Dienstleistungen im Energiebereich

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DE219 Eichstätt

Hauptort der Ausführung: Kindergarten St. Rafael Taubenring 15 85080 Gaimersheim
Erfüllungsort für die Leistungen des Auftragnehmers ist die Baustelle, soweit die Leistungen dort zu erbringen sind, im Übrigen der Sitz des Auftraggebers.

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Der Markt Gaimersheim plant die Kindertagesstätte/den Kindergarten St. Rafael, Taubenring 15, 85080 Gaimersheim zu sanieren und zu erweitern.

Derzeit besteht der Kindergarten aus 3 Gruppen für insgesamt 75 Kinder im Alter von 2,5 Jahren bis zum Schuleintrittsalter. Das Gebäude hat eine Nutzfläche von ca. 500 m². Dieser bestehende Kindergarten soll nunmehr saniert und um eine Kinderkrippengruppe für 12 Kinder mit Nebenräumen sowie um Schlaf-, Neben-, und Personalräume für den bestehenden Kindergarten erweitert werden. Ebenso werden Lagerräume benötigt.

Der bestehende Kindergarten befindet sich auf dem Flurstück 3245/82. Das angrenzende gemeindliche unbebaute Grundstück mit der Flur Nr. 3245/81 kann für die Planungen berücksichtigt werden. Damit ergibt sich eine Gesamtgrundstücksfläche von 4.000 m².

Nachdem der alte Kindergarten 1983 erbaut wurde, erscheint das Raumkonzept für die heutigen pädagogischen Anforderungen nicht mehr zeitgemäß, sodass, selbst wenn die grundsätzliche Raumaufteilung erhalten bleiben kann, hier durch Überdachung und Anbauten dem jetzigen Standard Rechnung zu tragen ist. Sanierungsbedürftig ist die Gebäudehülle inklusive Dach. Ebenso zu sanieren wären die Sanitärbereiche und Bodenbeläge, Türen, die brandschutztechnischen Vorrichtungen sowie die Haustechnik. Ein genaues Kostenvolumen steht derzeit, mangels detailliertem Sanierungsaufwand, noch nicht fest, man geht jedoch von Projektkosten (KG 200-700) von rund 7.000.000,- EUR aus. Auf die KG 400 dürften rund 1.050.000,- EUR netto fallen. Das Verhältnis Sanierung / Erweiterung wird mit 60/40 eingeschätzt.

Es soll für die Zeit des Umbaus/Erweiterung eine Interimslösung in Form eines Containerkindergartens geben, da an eine Sanierung im laufenden Betrieb derzeit nicht gedacht wird. In unmittelbarer Nähe zum bestehenden Kindergarten befindet sich ein leeres Grundstück, das hierfür genutzt werden kann. Wichtig ist, dass diese Containerkindergarten für eine zeitlich begrenzte Nutzung (für die drei Kindergartengruppen) soweit aufgerüstet wird, dass ein geordneter Tagesstättenbetrieb gewährleistet ist.

Für die Erweiterung und Sanierung des Kindergartens ist die Planerbeauftragung im Januar 2024 vorgesehen, der Planungsstart Anfang 2024 und die Umsetzung der Maßnahme soll noch 2024 beginnen/erfolgen und bis Anfang 2026 abgeschlossen sein. Die Bezugsfertigkeit sollte bis ins Frühjahr 2026 gegeben sein.

Das Bauvorhaben wird gefördert, sodass entsprechende Erfahrung mit Fördermitteln erwartet und vorausgesetzt werden.

Ziel dieser Ausschreibung ist die stufenweise Beauftragung eines geeigneten Ingenieurbüros mit den Leistungsphasen 1 -9 (keine Leistungsphase 4) des Leistungsbildes Fachplanung Technische Ausrüstung gemäß § 55 Abs. 1 HOAI i.V.m. Anl. 15 Nr. 15.1 in den Anlagengruppen 4, 5 und 8.

Die Beauftragung wird gemäß HIV KOM stufenweise erfolgen:

- Stufe 1: Leistungsphasen 1, 2 und 3
- Stufe 2: Leistungsphasen 5, 6 und 7
- Stufe 3: Leistungsphasen 8 und 9

Darüber hinaus werden als Besondere Leistungen (als Pauschale) die Überwachung der Mängelbeseitigung in der Leistungsphase 9 beauftragt.

Die unter Umständen für den Container Kindergarten für einen ordnungsgemäßen Tagesstättenbetrieb erforderlichen Planungsleistungen/Teilleistungen sollen als zusätzliche Leistungen beauftragt werden. Dies ebenfalls als Pauschale.

II.2.5. Zuschlagskriterien

Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind nur in den Beschaffungsunterlagen aufgeführt

II.2.6. Geschätzter Wert

II.2.7. Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Beginn: 01/01/2024

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.9. Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden

Geplante Anzahl der Bewerber: 5
Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Es sind insgesamt max. 500 Punkte erreichbar. Je Gliederungspunkt sind max. die angegebenen Punkte erreichbar. Zwischenpunkte werden nicht vergeben. Die Bewerber mit der höchsten Bewertung werden zur Angebotsabgabe aufgefordert. Bei Punktgleichheit und wenn es dem Auftraggeber objektiv nachvollziehbar nicht möglich ist, den Bewerberkreis anhand der festgelegten Kriterien auf das vorgesehene Maß zu begrenzen, wird die Auswahl unter den verbleibenden Bewerbern durch Losentscheid gem. § 75 Abs. 6 VgV getroffen.

1.) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Umsatz (netto): Durchschnitt der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre

50 Punkte: ab 200.000 EUR Umsatz / Jahr

30 Punkte: ab 150.000 EUR Umsatz / Jahr

20 Punkte: ab 100.000 EUR Umsatz/Jahr

2.) Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

2.1.) Bürokapazität / Personalstärke, im Mittel der letzten 3 Jahre

50 Punkte: ab 3 Ingenieuren/-innen / Technikern/-innen

30 Punkte: ab 2 Ingenieuren/-innen / Technikern/-innen

10 Punkte: ab 1 Ingenieur/-in / Techniker/-in

2.2.) Referenzportfolio Bewerber (Büro): Gebäude mit mindestens den Anforderungen der Honorarzone II, insbesondere Gebäude für Ausbildung / Wissenschaft / Forschung (Sanierungen, Umbauten, Neubauten), z. B. Kindergärten, schulvorbereitende Einrichtungen mit Mittagsbetreuung)

Referenzprojekte können eingereicht werden (und werden gewertet), sofern die Fertigstellung (Bezugsfertigkeit/Inbetriebnahme) im Zeitraum 01.01.2013 bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung genannten Bewerbungsfrist erfolgt ist. [HINWEIS: Referenzprojekte können auch dann eingereicht werden, sofern nur Teilleistungen beauftragt wurden. Unabhängig davon ist die Fertigstellung (Bezugsfertigkeit/Inbetriebnahme) maßgebend für die Wertung eingereicherter Referenzen].

Die vier besten Referenzen werden gewertet. Die Referenzen werden jeweils anhand nachstehender Kriterien bewertet. Je Kriterium werden die unten aufgelisteten Punktzahlen vergeben. Pro Referenz können somit maximal 100 Punkte erreicht werden. (Entscheidend ist jeweils die höchste erreichbare Punktzahl je Kriterium.)

Kriterium 1: Art der Aufgabenstellung

- 30 Punkte: Gebäude aus dem Bereich Kindergärten, Kindertagesstätten schulvorbereitende Einrichtungen (mit Mittagsbetreuung)
- 20 Punkte: Gebäude mit mindestens den Anforderungen der Honorarzone II

Kriterium 2: Art der Durchführung

- 20 Punkte: Sanierung / Erweiterung / Umbau
- 10 Punkte: Neubau

Kriterium 3: Erfahrung mit Fördermitteln

- 10 Punkte: Erfahrung vorhanden
- 0 Punkte: keine Erfahrung vorhanden

Kriterium 4: Leistungsumfang

- 20 Punkte: mind. 90 % der Leistungen in den Leistungsphasen 2 u. 3 sowie 5-8 des Leistungsbildes Fachplanung Technische Ausrüstung - ELT, Anlagengruppe 4, 5 und 8
- 10 Punkte: mind. 50 % der Leistungen in den Leistungsphasen 2 u. 3 sowie 5-8 des Leistungsbildes Fachplanung Technische Ausrüstung - ELT, Anlagengruppe 4, 5 und 8

Kriterium 5: Größenordnung

- 20 Punkte: anrechenbare Kosten (KG 400) netto über 1,5 Mio. EUR
- 10 Punkte: anrechenbare Kosten (KG 400) netto zwischen 1,0 Mio. EUR und 1,5 Mio. EUR
- 5 Punkte: anrechenbare Kosten (KG 400) netto unter 1,0 Mio. EUR

Bei Leistungen, die nicht nach der HOAI erbracht wurden (bei Leistungen außerhalb Deutschlands oder durch Büros außerhalb Deutschlands), ist darzulegen, dass die erbrachten Leistungen mit denen der HOAI vergleichbar waren.

II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

Stufenweise Beauftragung:

.

Stufe 1: Leistungsphasen 1, 2 und 3

Stufe 2: Leistungsphasen 5, 6 und 7

Stufe 3: Leistungsphasen 8 und 9

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

Die Objektplanung Gebäude und Innenräume sowie Freianlagen und die Fachplanerleistungen Technische Ausrüstung - HLS, Tragwerksplanung und Bauphysik werden parallel in gesonderten europaweiten Vergabeverfahren beschafft.

.

Für die Erweiterung und Sanierung des Kindergartens ist die Planerbeauftragung im Januar 2024 vorgesehen, der Planungsstart Anfang 2024 und die Umsetzung der Maßnahme soll noch 2024 beginnen/erfolgen und bis Anfang 2026 abgeschlossen sein. Die Bezugsfertigkeit sollte bis ins Frühjahr 2026 gegeben sein.

.

Mit den Vergabeunterlagen werden den Bewerbern nachfolgende Unterlagen zur Verfügung gestellt:

- Grundrisspläne und Ansichten vom Bestandsgebäude
- Lageplan

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1. Teilnahmebedingungen

III.1.1. Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Der Nachweis zur Berufsausübung des Inhabers/der Inhaberin oder der Führungskräfte des Unternehmens oder der Projektleitung ist durch Vorlage der Berufszulassung (Nachweis Kammereintragung oder Diplomurkunde (Dipl.-Ing. Univ./TU/TH/FH, Master, Bachelor oder vergleichbare Berufszulassung) zu führen. Bewerber oder verantwortliche Berufsangehörige juristischer Personen, die die entsprechende Berufsbezeichnung nach dem Recht eines anderen Mitgliedsstaates der Europäischen Union oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum tragen, erfüllen die fachlichen Voraussetzungen dann,

a) wenn sie sich dauerhaft im Bundesgebiet der Bundesrepublik Deutschland niedergelassen haben und berechtigt sind, die deutschen Berufsbezeichnungen nach den einschlägigen deutschen Fachgesetzen aufgrund einer Gleichstellung mit nach der Richtlinie 2005/36/EG (geändert durch die Richtlinie 2013/55/EU) zu tragen

oder

b) wenn sie vorübergehend im Bundesgebiet tätig sind und ihre Dienstleistungserbringung nach Richtlinie 2005/36/EG angezeigt haben.

III.1.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Eigenerklärung über den Umsatz für entsprechende Dienstleistungen: Umsatz (netto) im Durchschnitt der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre

Bei Bewerbergemeinschaften ist die Eigenerklärung von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft einzeln anzugeben.

Nachweis auf Verlangen der Vergabestelle durch Bestätigung eines vereidigten Wirtschaftsprüfers/Steuerberaters oder entsprechend testierte Jahresabschlüsse oder entsprechend testierte Gewinn- und Verlustrechnungen.

Berufshaftpflichtversicherung des Auftragnehmers / der ARGE bei einem, in einem Mitgliedsstaat der EU oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassenen Versicherungsunternehmens oder Kreditversicherers, mit einer Deckungssumme von mind. 1,5 Mio. EUR für Personenschäden und von mind. 1,0 Mio. EUR für sonstige Schäden. Sie/Er hat zu gewährleisten, dass zur Deckung eines Schadens aus dem Vertrag Versicherungsschutz in Höhe der genannten Deckungssummen besteht. In jedem Fall muss die Maximierung der Ersatzleistung pro Versicherungsjahr mindestens das Zweifache der Deckungssumme betragen.

Die Deckung muss über die gesamte Vertragslaufzeit uneingeschränkt erhalten bleiben. Bei einer ARGE muss der Versicherungsschutz auf die ARGE ausgestellt sein. Alternativ kann eine gleichlautende Versicherungsbestätigung ALLER ARGE-Mitglieder vorliegen (Mindestsummen sind von jedem ARGE-Mitglied vorzuweisen), wenn in der jeweiligen Bescheinigung der Passus enthalten ist, dass auch die Teilnahme an Arbeitsgemeinschaften sowie das in diesem Zusammenhang bestehende Risiko aus der gesamtschuldnerischen Haftung und dem Insolvenzrisiko eines ARGE-Partners mitversichert ist. Eigenerklärungen diesbezüglich sind vorläufig ausreichend.

Bei Erteilung des Auftrags muss der gültige Versicherungsschein nachgereicht werden. Der Auftragnehmer / die ARGE ist verpflichtet, dem Auftraggeber jährlich eine aktuelle Versicherungsbescheinigung vorzulegen.

III.1.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Nachweise gem. § 46 Abs. 3 VgV; entsprechende Formblätter werden mit den Ausschreibungsunterlagen zur Verfügung gestellt.

Der Nachweis der fachlichen Qualifikation der tatsächlichen Leistungserbringer im Auftragsfall oder des Inhabers/der Inhaberin oder der Führungskräfte des Unternehmens ist durch Vorlage der Berufszulassung (Nachweis Kammereintragung oder entsprechende Urkunde (Dipl.-Ing. Univ./TU/TH/FH, Master, Bachelor oder vergleichbare Berufszulassung) zu führen. Bewerber oder verantwortliche Berufsangehörige juristischer Personen, die die entsprechende Berufsbezeichnung nach dem Recht eines anderen Mitgliedsstaates der Europäischen Union oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum tragen, erfüllen die fachlichen Voraussetzungen dann,

a) wenn sie sich dauerhaft im Bundesgebiet der Bundesrepublik Deutschland niedergelassen haben und berechtigt sind, die deutschen Berufsbezeichnungen nach den einschlägigen deutschen Fachgesetzen aufgrund einer Gleichstellung mit nach der Richtlinie 2005/36/EG (geändert durch die Richtlinie 2013/55/EU) zu tragen
oder

b) wenn sie vorübergehend im Bundesgebiet tätig sind und ihre Dienstleistungserbringung nach Richtlinie 2005/36/EG angezeigt haben.

Eigenerklärungen über:

A.) das jährliche Mittel der in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren Beschäftigten (Ingenieur/-in, Techniker/-in, Dipl.-Ing. Univ./TU/TH/FH, Master, Bachelor oder vergleichbare Berufszulassung)

B.) Referenzen (Die Angaben sind in den entsprechenden Formblättern "Bewerbungsbogen /Projektdatenblätter" zu machen):

Referenzportfolio Bewerber gesamt [Gebäude mit mindestens den Anforderungen der Honorarzone II, insbesondere Gebäude für Ausbildung / Wissenschaft / Forschung (Sanierungen, Umbauten, Neubauten), z. B. Kindergärten, schulvorbereitende Einrichtungen mit Mittagsbetreuung]], Fertigstellung (Bezugsfertigkeit/Inbetriebnahme) zwischen 01.01.2013 und dem Ablauf der unter IV.2.2 genannten Bewerbungsfrist (Hinweis: Referenzprojekte können auch dann eingereicht werden, sofern nur Teilleistungen beauftragt wurden. Unabhängig davon ist die Fertigstellung (Bezugsfertigkeit/Inbetriebnahme) maßgebend für die Wertung eingereicherter Referenzen) mit Angaben zu:

- Auftraggeber
- Art der Aufgabenstellung
- Art der Durchführung
- Erfahrung mit Fördermitteln
- erbrachten Leistungen in den Leistungsphasen 2 u. 3 sowie 5-8 in den Anlagengruppe 4, 5 und 8 im Leistungsbild Fachplanung Technische Ausrüstung ELT (Angabe in Prozentpunkten)
- Größenordnung des Projekts: Projektkosten (KG 400) netto

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Referenzprojekte finden nur insoweit Berücksichtigung, als die Fertigstellung (Bezugsfertigkeit /Inbetriebnahme) zwischen 01.01.2013 und dem Ablauf der unter IV.2.2.) genannten Bewerbungsfrist stattgefunden hat. Referenzprojekte können auch dann eingereicht werden, sofern nur Teilleistungen beauftragt wurden. Unabhängig davon ist die Fertigstellung (Bezugsfertigkeit/Inbetriebnahme) maßgebend für die Wertung eingereicherter Referenzen.

III.2. Bedingungen für den Auftrag

III.2.1. Angaben zu einem besonderen Berufsstand

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten. Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

Ingenieure; Bayerische Bauordnung (BayBO) und Bayerisches Baukammerngesetz (BayBauKaG).

III.2.3. Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Nichtoffenes Verfahren

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.2. Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 19/10/2023 Ortszeit: 10:00

IV.2.3. Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

IV.2.4. Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können Deutsch

IV.2.6. Bindefrist des Angebots

Laufzeit in Monaten: 2 (ab dem Schlusstermin für den Eingang der Angebote)

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1. Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2. Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen

Aufträge werden elektronisch erteilt

VI.3. Zusätzliche Angaben

Der Bewerber hat anzugeben, ob Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB vorliegen und ob er selbst bzw. ein nach Satzung oder Gesetz für den Bewerber Vertretungsberechtigter in den letzten zwei Jahren

- gem. § 21 Abs. 1 Satz 1 oder 2 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz oder
- gem. § 21 Abs. 1 Arbeitnehmerentsendegesetz oder
- gem. § 19 Abs. 1 Mindestlohngesetz mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 Euro belegt worden ist.

Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:

Einzelbewerber oder Arbeitsgemeinschaft (ARGE), gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter, Mehrfachbewerbungen einzelner Mitglieder einer ARGE sind unzulässig und führen zur Nichtberücksichtigung sämtlicher betroffener Bewerbergemeinschaften im weiteren Verfahren.

Bewerbungen sind nur und ausschließlich auf den zum Download gestellten Bewerbungsunterlagen zulässig. Teilnahmeanträge, für die nicht die zum Download gestellten Bewerbungsunterlagen/-formulare verwendet werden, werden ausgeschlossen.

Anfragen, Nachfragen etc. sind AUSSCHLIESSLICH nach der Registrierung über die Vergabepattform zu stellen.

DIE BIETERKOMMUNIKATION ERFOLGT AUSSCHLIESSLICH ÜBER DAS DEUTSCHE VERGABEPORTAL (DTVP), UM SICHERZUSTELLEN, DASS BIETER UND VERGABESTELLE ÜBER VERSANDTE NACHRICHTEN AUCH EINE E-MAIL-BENACHRICHTIGUNG ERHALTEN.

Das Formular "Teilnahmeantrag und Bewerbungsunterlagen" ist zwingend einzureichen, fehlt dieses ist die Bewerbung ganz auszuschließen.

Die Bewerbung selbst muss elektronisch über die Vergabepattform über das herunterzuladende Bietertool unter dem Reiter "Teilnahmeanträge" (NICHT als Nachricht oder per E-Mail) eingereicht werden. Bei dem Formular "Bewerbungsbogen" inkl. Anlagen handelt es sich um das Hauptformular der Bewerbungsunterlagen (dieser gilt für den Bewerber bzw. die ARGE insgesamt). Wenn und soweit die dort gemachten Angaben nicht vollständig oder falsch sind, geht dies zu Lasten des Bewerbers. Der Auftraggeber behält sich vor, im Teilnahmeantrag fehlende und unvollständige Erklärungen und Nachweise, die bis zum Ablauf der Bewerbungsfrist (IV.2.2) nicht vorgelegt werden, bis zum Ablauf einer zu bestimmenden Nachfrist nachzufordern; die Bewerber haben keinen Anspruch darauf, dass der Auftraggeber von dieser Nachforderungsmöglichkeit Gebrauch macht. Eine unvollständige Einreichung führt, wenn die Vergabestelle von der Nachforderungsmöglichkeit nicht Gebrauch macht, oder eine Nachforderung fruchtlos geblieben ist, zum Ausschluss aus dem Verfahren. Broschüren und weitere Unterlagen zur Vorstellung des Büros sind ausdrücklich nicht erwünscht und werden nicht berücksichtigt.

·
Eine Registrierung ist für den Download der Unterlagen nicht erforderlich. Es wird jedoch eine Registrierung auf der Vergabepattform empfohlen. Sollten Fragen zu den Bewerbungsunterlagen gestellt werden, so werden die Antworten hierauf in die Plattform eingestellt werden. Im Falle einer Registrierung bekommt der Bewerber eine Mitteilung hierüber, auch wenn Unterlagen geändert werden sollten. Ohne diese freiwillige Registrierung ist der Bewerber selbst dafür verantwortlich, sich zu informieren, ob es Änderungen oder Antworten gibt.

·
Fragen sind so rechtzeitig (spätestens jedoch 9 Kalendertage vor Fristablauf) zu stellen, sodass dem Auftraggeber unter Berücksichtigung interner Abstimmungsprozesse eine Beantwortung spätestens 6 Tage vor Ablauf der Frist zur Angebotsabgabe bzw. zur Einreichung der Teilnahmeanträge möglich ist. Der Auftraggeber behält sich vor, nicht rechtzeitig gestellte Fragen gar nicht oder innerhalb von weniger als 6 Tagen vor Ablauf der Frist zur Angebotsabgabe bzw. zur Einreichung der Teilnahmeanträge zu beantworten (ggf. ohne Fristverlängerung).

Bekanntmachungs-ID: CXP4YHY62VY

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Regierung von Oberbayern - Vergabekammer Südbayern

Postanschrift: Maximilianstraße 39

Ort: München

Postleitzahl: 80538

Land: Deutschland

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Ein Nachprüfungsantrag ist unzulässig (§ 160 Abs. 3 GWB), soweit:

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat;
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden;

3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden;
4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

18/09/2023